



**Postulat der SP-Fraktion, der SVP-Fraktion und der Fraktion Alternative - die Grünen sowie von Thomas Löttscher, Thomas Gander, Daniel Stuber, Karen Umbach, Monika Weber, Claus Soltermann und Willi Vollenweider
betreffend Projekt Regierung und Verwaltung 2019
vom 8. Februar 2016**

Die SP-Fraktion, die SVP-Fraktion und die Fraktion Alternative - die Grünen sowie Thomas Löttscher, Neuheim, Thomas Gander, Cham, Daniel Stuber, Risch, Karen Umbach, Zug, Monika Weber, Steinhausen, Claus Soltermann, Cham, und Willi Vollenweider, Zug, haben am 8. Februar 2016 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird gebeten, das Projekt „Regierung und Verwaltung 2019“ zu etappieren und zu unterscheiden zwischen Verwaltungsreform und Regierungsratsreform. Die Verwaltungsreform ist vorzuziehen. Bei einer Regierungsratsreform sind Varianten mit fünf und sieben Regierungsratsmitgliedern vorzulegen.

Begründung

Die zukünftigen Aufgaben der kantonalen Verwaltung müssen zuerst definiert sein, bevor eine tragende, effiziente Organisationstruktur darauf aufbauend erstellt werden kann. Da mit der ZFA-Reform die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton grundsätzlich überarbeitet wird, sind die Ergebnisse dieser Reform einzubeziehen.

Eine Verwaltungsreform macht sehr viel Sinn. Die Verwaltung ist effizient und schlank auf ihre dann definierten Aufgaben auszurichten. Dabei sind explizit die heutigen Aufgaben sowohl auf ihre Notwendigkeit als auch auf die Effizienz ihrer Erbringung zu hinterfragen. Hier ist auch das noch immer hängige Postulat „45 Ämter sind genug“ zu beachten, das bis heute nicht beantwortet wurde.

Die Anzahl Regierungsratsmitglieder hängt nicht nur von der zukünftigen Verwaltungsstruktur ab, sondern es sind auch politische Fragen zu beachten. Bei der Regierungsratsreform sind Vollvarianten mit fünf- wie auch sieben-köpfigem Regierungsrat auszuarbeiten und umfassend zu prüfen – Stärken, Schwächen, Risiken und Chancen sind offen zu legen. Bei der Ausarbeitung sind folgende zwei Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Regierung will mit der Verkleinerung den Fokus auf die strategische Führung legen und die Regierung vom Operativen entlasten. Ob dies gelingt, hängt aber nicht direkt mit der Grösse des Gremiums zusammen, sondern mit den Persönlichkeiten in der Regierung sowie deren Ausbildung und Erfahrung im strategischem Denken, Delegieren und Führen grösserer Einheiten. Es wäre aufzuzeigen, wie diese Neuausrichtung nachhaltig sichergestellt und auch neue Ratsmitglieder entsprechend eingeführt werden sollen. Ziel muss sein, dass die Regierung die Verwaltung führt und nicht umgekehrt.
2. Typisch für Zug sind die Volksnähe und Zugänglichkeit der Regierung in der Öffentlichkeit. Zuger Regierungsräte nehmen viele öffentliche Auftritte wahr und sind dadurch ansprechbar. Gerade dies wird aber durch die Verkleinerung des Gremiums in Frage gestellt. Es wäre aufzuzeigen, wie die bisherige Volksnähe weiterhin sichergestellt werden kann.